ÄA V 02-8 Privatsphäre schützen - gegen unverhältnismäßige Polizeibefugnisse!

Antragsteller*in: Dirk Adams

Änderungsantrag zu V 02

Von Zeile 7 bis 17:
aktionistischer Sicherheitspolitik reagiert, die Deutschland geradezu in einen Überwachungsstaat schlittern lässt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen stellt sich gegen diese bundespolitische Entwicklung und tritt zum umfangreichen Schutz des Rechts auf Privatsphäre für ~~die Rückgängigmachung der reaktionären Sicherheitspolitik vergangener Jahre ein~~ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bürger*innenrechten und innerer Sicherheit auf.
Unser Ziel ist eine freie Gesellschaft ohne Angst vor ~~Überwachung, Polizeigewalt~~Gefahren, Gewalt und ~~willkürlichen Repressionen~~Überwachung, .
Dazu gehört auch, ~~unverhältnismäßige~~besondere Befugnisse der Thüringer Polizei ~~abzuschaffen~~zu überprüfen: Deswegen fordern wir die ~~Abschaffung~~Evaluierung und gegebenenfalls Anpassung der sogenannten "Gefahrenzonen" und der "personengebundenen Hinweise" im Polizeiaufgabengesetz (PAG).